

1976: Wirtschaftlicher Aufschwung, aber die Arbeitslosigkeit bleibt hoch

Günter Pehl, Jahrgang 1923, verantwortlicher Redakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“, ist langjähriger wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der Gewerkschaftlichen Monatshefte.

In dem nunmehr zu Ende gehenden Jahr 1976 hat sich die Wirtschaft der Bundesrepublik von der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit im ganzen gut erholt. Der Aufschwung erfolgte in einem Ausmaß, wie er vor einem Jahr nicht vorausgeschätzt wurde. Insbesondere hatte damals niemand angenommen, daß vom Export erneut — wie in früheren konjunkturellen Aufschwungsphasen — eine so starke Expansionskraft ausgehen würde, wie es tatsächlich geschah. Der Preisanstieg konnte zudem wirksam begrenzt werden; von allen vergleichbaren Ländern hat nur die Schweiz eine niedrigere Preissteigerungsrate. Indessen ist nicht zu übersehen, daß die Schäden der hinter uns liegenden weltweiten Wirt-

schaftskrise noch lange nicht beseitigt sind. Vor allem hat die Arbeitslosigkeit nur geringfügig abgenommen; sie ist immer noch viel zu hoch. Der Aufschwung wurde sogar mit einer verringerten Zahl von Erwerbstätigen geschafft; da ein Teil der arbeitslos Gewordenen aus dem Angebot an Arbeitskräften überhaupt ausschied (z.B. in ihre Heimat zurückkehrende Ausländer, Empfänger vorzeitiger Renten).

1976 steigt das Sozialprodukt um 6 Prozent

Die gesamtwirtschaftliche Leistung — das reale Bruttosozialprodukt — war in diesem Jahr um 6 Prozent höher als 1975¹. Damals mußte ein Rückgang um 3,5 Prozent hingenommen werden, 1974 eine Stagnation (genau: + 0,6 Prozent). Wie bereits angedeutet, ist das wirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr ausschließlich auf einen Anstieg der Produktivität zurückzuführen; je Erwerbstätigenstunde nahm das reale Bruttosozialprodukt um ebenfalls etwa 6 Prozent zu. Diese Ergebnisse wären nicht erreicht worden ohne die dynamische Schwingkraft des Exports; der real (Preissteigerungen ausgeschaltet) um annähernd 12 Prozent, also doppelt so stark wie das Sozialprodukt, zunahm. Der Wachstumsprozeß wurde auch von den Ausrüstungsinvestitionen getragen, deren reale Zuwachsrate gegenüber 1975 in diesem Jahr rund 8 Prozent beträgt. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise um 4,6 Prozent an; 1975 mußten die Verbraucher im ganzen noch 6,1 Prozent mehr bezahlen als 1974.

Interessant ist ein Vergleich dieser Entwicklung mit den Ende 1975/Anfang 1976 gestellten Prognosen für dieses Jahr: Die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht, die Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat haben alle den Aufschwung und insbesondere die Kraft der Auslandsnachfrage unterschätzt², während für 1975 die voraussichtliche Entwicklung überschätzt worden war. Damals erwarteten alle konjunkturbeobachtenden Institutionen spätestens zum Sommer 1975 einen Konjunkturaufschwung und für das ganze Jahr mindestens ein gleichbleibendes Sozialprodukt, wenn nicht sogar eine Wachstumsrate von 1 bis 2 Prozent; tatsächlich ging das Sozialprodukt aber um 3,5 Prozent zurück. Für dieses Jahr hatten die meisten konjunkturbeobachtenden Institutionen eine Zuwachsrate des realen Sozialprodukts von etwa 4 Prozent (tatsächlich rund 6 Prozent) angenommen. Den größten Optimismus zeigte die Bundesregierung in ihrem — allerdings erst Ende Januar erschienenen — Jahreswirtschaftsbericht mit der Annahme eines realen Wachstums von 4,5 bis 5,5 Prozent. Die Ausfuhrentwicklung unterschätzte sie jedoch mit einer angenommenen Zunahme um 5 bis 7 Prozent erheblich; hier liegt selbst die beste Vorausschätzung, die des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, mit 9,5 Prozent

1 Als dieser Artikel Anfang November geschrieben wurde, lagen Daten über die Wirtschaftsentwicklung erst bis zum September/Oktober 1976 vor. Die Angaben über die Sozialproduktentwicklung im gesamten Jahr 1976 stützen sich auf Zahlen, die von der Bundesregierung, der Bundesbank, fünf Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrem Herbstgutachten und dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB im Monat Oktober 1976 bekanntgegeben wurden.

2 Vergleiche die Übersicht über die Vorausschätzungen von acht Stellen im Handelsblatt vom 10. 2. 1976.

Zuwachs noch weit unter dem erzielten Ergebnis (annähernd 12 Prozent). Der Anstieg der Verbraucherpreise wurde dagegen mit Raten von 5 bis 5,5 Prozent von fast allen überschätzt; nur die Bundesregierung hatte auf 4,5 bis 5 Prozent Steigerung gesetzt und kam damit der tatsächlichen Entwicklung (rund 4,6 Prozent) am nächsten.

Sozialprodukt von 1145 Mrd. DM

Rechnet man die Preissteigerungen hinzu, dann steigt das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr um 9,5 Prozent oder rund 100 Mill. DM an. Es erreicht eine Größe von 1145 Mrd. DM.

In den Sommermonaten verlangsamte sich das Tempo des Wirtschaftsaufschwungs in der Bundesrepublik. Es gab Konjunkturpessimisten, die bereits von einem Ende der Aufwärtsbewegung redeten. Sie werden sicherlich nicht recht behalten. Denn die letzten bekannt gewordenen Daten, insbesondere die Statistik über die Auftragseingänge in der Industrie im September 1976, lassen auf eine wieder etwas raschere Gangart der Konjunktur schließen. Was überhaupt die Konjunkturpessimisten — vor allem die Zweckpessimisten vom Schlage eines *Franz J. Strauß* oder die professionellen der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände — anbelangt, so sind sie seit über einem Jahr ständig widerlegt worden; die Tatsachen sprachen einfach gegen sie. Es ist alles ganz anders gekommen, als sie es schwarz in schwarz gemalt hatten.

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Erholung von der größten weltwirtschaftlichen Krise seit den dreißiger Jahren nur allmählich erfolgt. Die Auslastung der vorhandenen Produktionsanlagen ist zwar von 76,1 Prozent Mitte 1975 auf 81,4 Prozent Mitte 1976 gestiegen und damit besser geworden; aber auch im Herbst 1976 war der Produktionsapparat im Durchschnitt noch um etwa 8 Prozent geringer ausgelastet als im langjährigen Durchschnitt und als es wünschenswert wäre³. Hinzu kommt, daß der konjunkturelle Aufschwung die vielfältigen Strukturprobleme nicht von selbst löst, wie das in früheren Konjunkturzyklen der Fall war. Dazu sind die Strukturschwächen unserer Wirtschaft zu groß geworden; die scharfe Rezession und, vorher schon, die Beseitigung des fragwürdigen Schutzes, den die Unterbewertung der D-Mark durch feste, unrealistische Wechselkurse gab, stellten sie brutal heraus. Vor allem aus diesen Gründen würde es lange Zeit dauern, bis die Arbeitslosigkeit wieder — bis auf einen unvermeidlichen Rest von etwa 1 Prozent — beseitigt ist, wenn die Wirtschaftspolitiker nunmehr, nachdem die Konjunktur gut in Gang gekommen ist, auf spezielle beschäftigungspolitische Maßnahmen verzichten würden.

Export als stärkster Konjunkturmotor

Der Wirtschaftsaufschwung wird zur Zeit hauptsächlich vom Exportgeschäft

³ Im langjährigen Durchschnitt liegt die Kapazitätsauslastung in günstiger Konjunktur bei annähernd 90 Prozent.

getragen. Die Binnenkonjunktur ist immer noch zu schwach. Betrachtet man die Entwicklung der großen Nachfrageströme unserer Volkswirtschaft in diesem Jahr, dann ergibt sich folgendes Bild: Der Welthandel, 1974 und noch in der ersten Jahreshälfte 1975 erheblich schrumpfend, hat in diesem Jahr seine frühere dynamischer Kraft wiedererlangt. Er wird 1976 um rund ein Zehntel *real* wachsen. Von dieser Expansion profitiert die Bundesrepublik besonders stark. Ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten hat trotz des ständigen Aufwertungsprozesses der D-Mark im ganzen noch zugenommen. Die Gründe hierfür sind vor allem darin zu suchen, daß die Bundesrepublik eine vielfältig interessante Angebotspalette vorweisen kann, daß die Finanzierungs- und Lieferungsbedingungen (z. B. Zuverlässigkeit und Lieferungsfristen) attraktiv sind und daß der Anstieg von Kosten und Preisen niedriger ist als bei den meisten Konkurrenten.

Die Erholung des Welthandels — genauer: des Handels zwischen den Industrieländern — sowie des *Ausfuhrgeschäfts* in der Bundesrepublik begann mit der Wiederauffüllung der — in der Rezession radikal reduzierten — Vorratslager. Außerdem hatten die staatlichen Programme zur Ankurbelung der Konjunktur in vielen Industrieländern den privaten Verbrauch und insbesondere die Nachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern angeregt. Beides belebte in der Bundesrepublik das Exportgeschäft der Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie der Verbrauchsgüterindustrie in erheblichem Maße. Die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen wuchs besonders stark. Diese Entwicklungen schwächten sich in der ersten Jahreshälfte 1976 ab. An ihre Stelle traten in den Sommermonaten einige ausländische Großaufträge für den Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie, die z. B. im Juli fast zu einer Verdoppelung der bei der Industrie erfolgten Auslandsbestellungen führten. Im August und September 1976 waren die Auslandsaufträge um 28,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Dies läßt darauf schließen, daß die Expansion der Ausfuhr bis weit in das nächste Jahr hinein gesichert ist. Im Vergleich zum vergangenen Jahr wird die Ausfuhr 1976 *real* um 12 Prozent steigen. Diese Zuwachsrate ist doppelt so hoch wie die des Sozialprodukts.

Neben dem Export waren im 1. Halbjahr 1976 die *Vorratsinvestitionen* wichtigster Träger des Aufschwungs gewesen. In der Rezession waren die Vorratslager bis an die Grenzen des wirtschaftlich Tragbaren reduziert worden. Seit dem Herbst 1975 wurden sie rasch wieder aufgefüllt. Allein im 1. Halbjahr 1976 nahmen die Lagervorräte *real* in einem Ausmaß zu, das mehr als die Hälfte des Sozialproduktzuwachses ausmachte. Diese Lagerbewegung ist inzwischen zum Stillstand gekommen; in der zweiten Jahreshälfte dürften die Lagerbestände kaum noch zunehmen.

Unzureichende Investitionstätigkeit

Auch die Investitionstätigkeit trug erheblich zur Erholung von der Rezession

bei. Als Folge der staatlichen Förderungsmaßnahmen in den Jahren 1974 und 1975, insbesondere der Investitionszulage, stiegen die *Ausrüstungsinvestitionen* bis zum Frühjahr dieses Jahres stark an. Dann schwächten sie sich spürbar ab, und die Auftragsentwicklung war sogar eine Zeitlang rückläufig. Im weiteren Verlauf des Jahres belebte sich die Investitionstätigkeit zwar wieder, aber sie ist noch lange nicht zufriedenstellend. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, Apparate, Geräte) in der ersten Jahreshälfte 1976 *real* um fast ein Zehntel größer gewesen; für das 2. Halbjahr wird die reale Zunahme auf 6,5 Prozent geschätzt.

Schlechter war die Investitionsentwicklung in diesem Jahr im Bereich der verarbeitenden Industrie, hier ist der Investitionsmotor überhaupt noch nicht angesprungen. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung schätzt auf Grund der neuesten von ihm laufend vorgenommenen Unternehmensbefragungen zur Konjunkturlage, daß die Bruttoanlageinvestitionen der Industrie⁴ 1976 *nominal* um 5 Prozent und *real* nur um 2 bis 3 Prozent zunehmen werden.

Meist Rationalisierungsinvestitionen — kaum Erweiterungsinvestitionen

Volkswirtschaftlich von größter Bedeutung ist ein weiteres Ergebnis der Unternehmensbefragung durch das Ifo-Institut: Fast alle Unternehmen halten ihre derzeitigen Produktionskapazitäten für ausreichend oder mehr als ausreichend. Nicht einmal jede 20. Firma hält sie für zu klein. Infolgedessen sind zur Zeit Ersatz alter Anlagen und vor allem Rationalisierung die bei weitem überwiegenden Motive für Investitionen. Die Erweiterung der Produktionsanlagen spielt in den derzeitigen Investitionsplanungen der Unternehmen kaum eine Rolle. Das Ifo-Institut schließt daraus, daß die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze wichtigen Erweiterungsinvestitionen frühestens Ende 1977 wieder eine größere Bedeutung erhalten werden. Für das ganze Jahr 1977 rechnet das Institut mit einer Zunahme der Investitionen in der verarbeitenden Industrie von nur 6 Prozent.

Wenig Erweiterungsinvestitionen bedeutet zugleich eine unbefriedigende Entwicklung der gewerblichen *Bauten*. Im 1. Halbjahr 1976 war zwar das Volumen an Wirtschaftsbauten um 5 Prozent höher als ein Jahr zuvor — nachdem es vom 1. Halbjahr 1974 bis zum 1. Halbjahr 1975 um 14 Prozent geschrumpft war —, aber die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten ging seit dem Frühsommer zurück. Noch stärker war der Rückgang der staatlichen und kommunalen Bautätigkeit, hier wirkten sich die Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten aus. Beim Wohnungsbau war das Baugenehmigungsvolumen für Ein- und Zweifamilienhäuser relativ hoch. Produktionsanregend für das Ausbaugewerbe wirkte

⁴ Die Bruttoanlageinvestitionen enthalten außer den Ausrüstungen auch die Bauten. Bei der Industrie machen diese allerdings nur einen kleinen Teil aus.

sich das staatliche Modernisierungsprogramm vom August 1975 aus. Für das ganze Jahr 1976 wird mit einer Zunahme der *realen* Bauinvestitionen gegenüber 1975 um nur 3 Prozent gerechnet.

Nur geringe Impulse vom privaten Verbrauch

„Nach der kräftigen Erhöhung gegen Jahresende 1975 stagnierte der private Verbrauch bis nach der Jahresmitte; vor allem der Absatz von langlebigen Gebrauchsgütern war insgesamt schwach. Die Ausweitung der Konsumausgaben wurde dadurch gebremst, daß die Lohnerhöhungen im 1. Halbjahr 1976 wenig über der Inflationsrate lagen, das Arbeitsvolumen nur zögernd stieg und sich die Steuer- und Beitragsbelastung erhöhte.“ Dies stellen fünf der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Ende Oktober veröffentlichten Herbstgutachten zur Wirtschaftslage über die Entwicklung des privaten Verbrauchs fest⁵. Auch die Lohnnachzahlungen (nach den verzögerten Tarifabschlüssen) und die 11prozentige Rentenerhöhung zum 1. Juli hätten zunächst nicht zu einer sichtbaren Belebung des privaten Verbrauchs geführt, jedoch habe sich das Konsumklima in den Sommermonaten „deutlich gebessert“. Die Verbrauchsausgaben hätten sich jetzt wieder deutlich beschleunigt. Insbesondere sei die Nachfrage nach Personenkraftwagen wieder kräftig gestiegen. Hier kann man tatsächlich von einem Nachfrageboom sprechen. Die Zahl der neu zugelassenen Pkw erhöhte sich in den Monaten Januar bis September 1976 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 11,5 Prozent, nachdem sie bereits im Jahresdurchschnitt 1975 um ein Viertel zugenommen hatte. Der Einzelhandel, auf den rund 40 Prozent der privaten Verbrauchsausgaben entfällt, setzte in den ersten acht Monaten *real* insgesamt um 3,5 Prozent mehr um als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Wirtschaftsforschungsinstitute nehmen an, daß sich die privaten Verbrauchsausgaben in diesem Jahr um *real* 4 Prozent erhöhen werden. Diese Zuwachsrate ist beträchtlich niedriger als die des Sozialprodukts (6 Prozent). So kann zwar der private Verbrauch in diesem Jahr als eine Stütze der Konjunktur bezeichnet werden, allein schon deshalb, weil er aufwärts gerichtet und die stärkste Nachfragegröße ist — mehr als die Hälfte des Sozialprodukts fließt in den privaten Verbrauch. Aber so recht in Schwung ist er bisher nicht gekommen. Und wenn überhaupt eine Zunahme um *real* 4 Prozent verzeichnet werden kann, dann ist dies zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß sich die Verbraucher insgesamt stärker als zuvor verschuldet haben — die Verbraucherkredite sind enorm gewachsen — und weil sie weniger als vor einem Jahr gespart haben — die Sparquote (laufende Ersparnis in Prozent des Netto-Einkommens) wird in diesem Jahr reichlich 14 Prozent betragen, während sie im vergangenen Jahr mit knapp 16 Prozent extrem hoch war. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen der Arbeitnehmer allein hätten jedenfalls keine Expansion des privaten Verbrauchs

⁵ Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1976, unter anderem abgedruckt im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 28. 10. 1976.

ermöglicht, denn sie reichten netto knapp aus, um die gleichzeitige Teuerung auszugleichen.

Hoher Produktivitätszuwachs

Etwa ein Viertel des inländischen Güterangebots entfällt auf Einfuhren. Sie sind im Verlaufe dieses Jahres besonders stark angestiegen; real werden die Einfuhren in diesem Jahr um etwa 12 Prozent höher sein als 1975. Aber auch das Güterangebot aus eigener Produktion weitete sich erheblich aus. So stieg die Industrieproduktion in den ersten drei Vierteljahren 1976 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um rund 8,5 Prozent an.

Im 1. Halbjahr betrug die Zuwachsrate der Industrieproduktion sogar 8,8 Prozent⁶. Diese erhöhte Produktion wurde mit einer um 2,5 Prozent verminderten Beschäftigtenzahl und in einer immer noch um 0,4 Prozent geringeren Zahl an Arbeiterstunden geleistet. Daraus ergibt sich ein hoher Produktivitätszuwachs: von etwa 11,5 Prozent je Beschäftigten und von reichlich 9 Prozent je Arbeiterstunde.

Nach dem bereits erwähnten Konjunkturtest des Ifo-Instituts wollen die befragten Industrieunternehmen ihren Personalbestand bis zum Ende dieses Jahres nochmals um etwa 40 000 Beschäftigte abbauen. Im Laufe des 1. Halbjahrs war die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter wieder etwas gestiegen, während die Zahl der Industrieangestellten weiterhin zurückging. Verglichen mit dem 1. Halbjahr 1975 waren in der Industrie im 1. Halbjahr 1976 fast 200 000 Personen weniger beschäftigt. In der gesamten Volkswirtschaft ist die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr um rund 1 Prozent niedriger als 1975 — das macht etwa 250 000 Personen aus.

Weniger Beschäftigte als vor einem Jahr

Dennoch hat die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nicht zugenommen; vielmehr ist sie etwas zurückgegangen, weil beschäftigungslos Gewordene überhaupt aus dem Angebot an Arbeitskräften ausschieden: Ausländer, die in ihre Heimat zurückkehrten, Arbeitslose, die vorzeitig Rentenempfänger wurden, vorher teilzeitbeschäftigt gewesene Ehefrauen; außerdem gibt es sicherlich in einer beachtlichen Anzahl — wohl überwiegend weibliche — Jugendliche, die nach Beendigung des Schulbesuchs auf eine ihnen passende Beschäftigung warten, ohne beim Arbeitsamt gemeldet zu sein.

Die Zahl der bei der Arbeitsverwaltung registrierten Arbeitslosen war im September und Oktober jeweils um ein Zehntel niedriger als ein Jahr zuvor. Ende Oktober 1976 waren 943 700 Personen als arbeitslos gemeldet; die Arbeitslosenquote betrug 4,1 Prozent gegenüber 4,6 Prozent Ende Oktober 1975. Frauen sind besonders in letzter Zeit von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als Männer. Vermutlich hängt dies hauptsächlich mit der schärfer gewordenen

⁶ Siehe *Wirtschaft und Statistik*, H. 9/1976, S. 563 ff.

Rationalisierung der Verwaltung zusammen. Vom Juni — dem Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr — bis zum Oktober sank die Zahl der arbeitslosen Männer um 21 800, während im gleichen Zeitraum die Frauenarbeitslosigkeit um 42 500 zunahm. Ende Oktober waren weniger Männer (450 900) arbeitslos als Frauen (492 800); die Arbeitslosenquote betrug bei den Männern 3,1 Prozent, bei den Frauen aber 5,9 Prozent. Der Aufschwung hat sich auf dem Arbeitsmarkt bisher nur in einem, allerdings beträchtlichen Abbau der Kurzarbeit bemerkbar gemacht. Im Oktober 1976 stieg zwar die Zahl der Kurzarbeiter wieder um 45 500 auf 139 000 an; ein Jahr zuvor lag sie aber noch bei 717 000.

Die Kaufkraft der Arbeitnehmer konnte gesichert werden

Die schlechte Beschäftigungslage, vor allem zu Beginn des Jahres, war natürlich bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen nicht gerade günstig für die Gewerkschaften. Sie mußten deshalb in erster Linie darauf abzielen, die Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen zu sichern. Dieses Ziel konnte ungefähr erreicht werden. Legt man die Vorausberechnung in dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zugrunde, dann wird die *Bruttolohn-* und *-gehaltssumme* in diesem Jahr um rund 7 Prozent höher sein als 1975. Wegen der Lohnsteuerprogression und des Anstiegs der Sozialbeiträge (insbesondere der Krankenkassen) steigt die *Nettolohn-* und *-gehaltssumme* jedoch nur um 4,5 Prozent. In diese Summe müssen sich eine etwas reduzierte Anzahl von Arbeitnehmern teilen, so daß die Pro-Kopf-Einkommen etwa um 5 bis 5,5 Prozent höher sein werden als 1975.

Diesem Anstieg des Nettoeinkommens steht eine gleichzeitige Verteuerung der Lebenshaltung um etwa 4,6 Prozent gegenüber, so daß die (reale) Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen nicht nur gesichert, sondern auch noch geringfügig erhöht werden konnte. Im Jahre 1975 lag die Teuerungsrate bei 6 Prozent. Im Laufe dieses Jahres schwächte sich der Anstieg der Verbraucherpreise spürbar ab. Während die Teuerungsrate im 1. Vierteljahr noch bei 6,1 Prozent lag, konnte im Laufe des Jahres ein allmählicher Rückgang bis auf 4 Prozent im September und 3,8 Prozent im Oktober registriert werden. Diesen relativ niedrigen Stand hatte die Teuerung zuletzt vor sechs Jahren, im Herbst 1970 gehabt.

Starker Anstieg der Gewinne

Anders als die Löhne sind die Gewinne in diesem Jahr rasch und fast boomartig angestiegen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Gewinne in der Rezession zurückgeblieben waren. Gewinne sind eben stärkeren Schwankungen unterworfen, und so gehört es zu den Gesetzmäßigkeiten der konjunkturellen Entwicklung, daß sie im Abschwung und in der Rezession zurückbleiben und daß sie umgekehrt im Aufschwung den Löhnen vorseilen. Das ist nichts Besonderes, sondern so war es bisher in jedem Konjunkturaufschwung. Indessen hat das Voraneilen der Gewinne seine Grenzen, und es widerspricht völlig den

Gesetzmäßigkeiten der Konjunktur und der Marktwirtschaft, wenn von Arbeitgeberseite gefordert wird, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sollten auch in den nächsten Jahren den Gewinnvorsprung ermöglichen und auf ein Nachziehen der Löhne verzichten.

In diesem Jahr konnten die Unternehmer jedenfalls einen großen Schluck aus der Flasche tun. Die bessere Auslastung der Produktionsanlagen bewirkte eine hohe Arbeitsproduktivität, die größer ist als die Erhöhung der Löhne; infolgedessen sanken die Stücklohnkosten, und die Unternehmen hatten hiervon den Vorteil. Im 1. Halbjahr 1976 nahmen z.B. in der Industrie gegenüber dem 1. Halbjahr 1975 der Umsatz um 11,1 Prozent, die Bruttolohn- und -gehaltssumme dagegen nur um 4 Prozent zu; selbst wenn die Rohstoffkosten stärker gestiegen sind, bleibt immer noch ein großer Spielraum für Gewinnsteigerungen. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie sie die bereits erwähnten Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten aufmachen, sieht dies so aus: Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden 1976 *brutto* um 17,5 Prozent und *netto* um 18 Prozent höher sein als 1975 — die Steuerbelastung nimmt also sogar etwas ab. In der statistischen Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ sind jedoch auch die Vermögenseinkommen (z. B. Zinsen, Dividenden, auch Einkünfte aus Vermietungen) enthalten; sie machen grob gerechnet etwa ein Viertel des Gesamtbetrages aus, die reinen Unternehmereinkommen etwa drei Viertel. Die Vermögenseinkommen sind nun in diesem Jahr nur mäßig gestiegen. Daraus ergibt sich, daß die reinen Gewinne 1976 sicherlich um gut ein Fünftel das Vorjahresergebnis übertreffen werden.

Auch für 1977 rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem Vorsprung der Gewinne. Sie nehmen an, daß die Gewinne gegenüber 1976 *brutto* um 11 Prozent und *netto* um 11,5 Prozent steigen (wobei die reinen Gewinne noch stärker wachsen) werden, während die Erhöhung der Löhne und Gehälter *brutto* mit 9,5 Prozent und *netto* mit 8 Prozent veranschlagt wird.

Neue Arbeitsplätze durch Gewinnvorsprung?

Der starke Gewinnanstieg wird mit der Notwendigkeit überdurchschnittlich steigender Investitionen gerechtfertigt. Die Vollbeschäftigung könne nur mit einer wieder wachsenden Investitionsquote und diese wiederum nur durch einen Vorsprung der Gewinne erreicht werden, so heißt es. Doch diese These ist zu einfach; sie wird den komplizierten Zusammenhängen nicht gerecht. Denn es kommt nicht auf Investitionen schlechthin an, sondern für die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen sind ausschließlich die — Arbeitsplätze schaffenden — Erweiterungsinvestitionen interessant. Rationalisierungsinvestitionen sparen dagegen in der Regel Arbeitskräfte ein. Nun wurde bereits dargestellt, daß die Investitionen zur Zeit und auch noch 1977 weit überwiegend auf Rationalisierung abzielen, Erweiterungsinvestitionen spielen kaum eine Rolle, sie dürften frühestens Ende 1977 wieder an Bedeutung gewinnen.

Das ist auch nicht verwunderlich, solange die Produktionsanlagen noch unbefriedigend ausgelastet sind. Erst wenn die Unternehmer damit rechnen können, daß die voraussichtlichen Umsätze in absehbarer Zeit wieder an die Grenzen der Kapazität führen werden und eine Vergrößerung der Anlagen lohnend wird, werden sie Erweiterungsinvestitionen vornehmen. Nur dann ist der Zusammenhang zwischen Absatzerwartungen, steigenden Gewinnen, Investitionen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze so eng, wie es jetzt verallgemeinernd für jeden Fall behauptet wird. Die Absatzerwartungen lassen sich indessen nicht lösen von dem künftigen Wachstum der realen Arbeitnehmereinkommen. Die Binnenkonjunktur muß erst stärker werden, zumal die einseitige Abhängigkeit des derzeitigen Aufschwungs vom Exportgeschäft nicht frei von Risiken ist; die großen außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten einiger Handelspartnerländer und die Inflationsbekämpfung in diesen und anderen Ländern können Auftragsrückgänge, unter Umständen auch Einfuhrbeschränkungen zur Folge haben. Um die Binnenkonjunktur in Schwung zu bringen, ist es erforderlich, die *realen* Arbeitnehmereinkommen so ausreichend wachsen zu lassen, daß genügend Nachfrage entstehen kann. Auf die Dauer muß der Aufschwung in der Einkommensentwicklung gleichgewichtig sein. Blicke es längere Zeit bei dem Vorsprung der Gewinne, würde im übrigen die soziale Stabilität der Bundesrepublik — wichtigste Voraussetzung für unsere im internationalen Vergleich hervorragende wirtschaftliche Situation — gefährdet werden.

Eine weitere Gewinnerhöhung durch Steuererleichterungen für die Unternehmen, wie sie von den Wirtschaftsverbänden, aber auch von wirtschaftspolitischen Sprechern der CDU/CSU (Strauß, Stoltenberg) gefordert werden, wäre gegenwärtig völlig falsch. Sie würden keine arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen, sondern allenfalls arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsinvestitionen bewirken. Mehr noch würden sie den Unternehmen die Möglichkeit schaffen, verstärkt Gewinnanteile für private Zwecke zu entnehmen: für ihren privaten Verbrauch und für die Geldanlage außerhalb ihres Unternehmens. Ohnehin verwenden die Unternehmer den weitaus größten Teil ihrer Gewinne für private Zwecke außerhalb des Unternehmens; 1970 beließen sie im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft nur ein gutes Viertel für Investitionszwecke in den Betrieben, 1974 gar nur ein Zehntel⁷. Auch dies sollte nicht übersehen werden, wenn die These von einem Zusammenhang zwischen Gewinnen, Investitionen und neuen Arbeitsplätzen erörtert wird. Übrigens: folgt man den Angaben der Bundesbank, dann sind die für private Zwecke entnommenen Gewinne im 1. Halbjahr 1976 um mindestens 11 Prozent höher gewesen als ein Jahr zuvor; die Zuwachsrate ist mehr als doppelt so hoch wie die der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.

⁷ Siehe Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 4. 3. 1976.